

Ostdeutsche Unternehmerin zur Haushaltskrise: „Der Kanzler richtet großen Schaden an“

Neue Kritik an der Kanzler-Rede zur Haushaltskrise: Die Regierung sei planlos, beklagen Verbände und eine Firmenchefin aus Mecklenburg-Vorpommern.



[Anne-Katrin Palmer](#)

29.11.2023 | 15:47 Uhr

Olaf Scholz mit Christian Lindner und Robert Habeck im Bundestag. Die Kritik am Kurs der Regierung wächst. Felix Kern/imago

Der Kurs der Bundesregierung angesichts des drohenden Finanzchaos nach dem Urteil des [Bundesverfassungsgerichts](#) sorgt weiter für Unmut: Gerade 25 Minuten hatte sich [Bundeskanzler Olaf Scholz](#) am Dienstag Zeit für seine Regierungserklärung zur Haushaltskrise genommen – und fast alle ratlos zurückgelassen. Nach wie vor ist unklar, in welchen Bereichen die Regierung in Zukunft sparen möchte, um das 60-Milliarden-Loch zu stopfen.

Stattdessen stimmte der Kanzler die Bürger auf schwerere Zeiten ein, deutete einen Sparhammer an – und verkündete auch zum Unmut vieler Parteikollegen das Aus der [Energiepreisbremse](#) zum Jahresende.



[Regierungserklärung: Kanzler Scholz deutet schwerere Zeiten für die Bürger an](#)

[Politik](#)

28.11.2023



Regierungserklärung des Kanzlers macht ratlos: Sparen will er, aber niemandem wehtun

Politik

28.11.2023

-
-

Am Mittwochabend wollen sich die Spitzen der Ampelpartei treffen, um über den Haushalt 2024 zu sprechen – vor allem, wie man diesen verfassungskonform gestaltet. Bis Weihnachten habe man Klarheit, erhoffte sich SPD-Chef Lars Klingbeil vorher, der eine schwierige Debatte um den Etat erwartet. Zu unterschiedlich sind die Interessenlagen der Parteien – während die [SPD](#) keine Kürzungen im sozialen Bereich hinnehmen möchte, ist die [FDP](#) in einigen Bereichen dafür. Und die [Grünen](#) drängen auf ihre klimaneutralen Projekte, die weiter gefördert werden sollten. Klingbeil sagte ebenfalls, dass auch das Aussetzen der Schuldenbremse für 2024 noch nicht vom Tisch sei.

gestern

Derweil wächst der Unmut. [Sozialverbände](#), der [Steuerzahlerbund](#) und der [Mittelstand](#) schlagen Alarm. Sie beklagen, dass nach wie vor unklar ist, wo die Regierung jetzt den Rotstift ansetzen wird. Die Misere könne jeden treffen, heißt es derzeit allerorten – junge Menschen, Rentner, Familien, Reiche oder die Wirtschaft. „Die Unsicherheit, die vorher schon da gewesen ist, wurde mit der Regierungserklärung noch mal verstärkt. Wir als Unternehmer wissen nach wie vor nicht, was morgen passiert. Der Kanzler hat mit seiner Rede großen Schaden angerichtet“, sagt Dorin Müthel-Brenncke.

Haushaltskrise: Mittelstand erwartet Planungssicherheit

Die 55-Jährige leitet seit 2001 ein mittelständisches Dachdeckerunternehmen in Schwerin ([Mecklenburg-Vorpommern](#)) mit zehn Angestellten. Ihre Kritik: „Die Koalition hat gezeigt, dass sie vor allem eins ist: planlos.“ In Zeiten wie diesen, wenn im Haushalt ein Milliarden-Loch klaffe, erwarte doch gerade auch die Wirtschaft klare Aussagen. „Nach der Regierungserklärung des Kanzlers stehe ich ratlos da. Wir brauchen keine Problem-Beschreibung, sondern Lösungen.“ Die Regierungserklärung habe erneut viel über den Zustand der Koalition ausgesagt, in der keine Einigkeit herrsche, so Dorin Müthel-Brennecke, die auch Vize-Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion ist.

Für die Wirtschaft sei das lähmend und existenzgefährdend. Man könne nicht mehr langfristig planen, weil man nicht wisse, was als Nächstes komme, sagt sie. „Es fehlt das Fundament, auf dem wir etwas aufbauen und weiterentwickeln können. Man nimmt dem Mittelstand die Perspektive, die er dringend braucht.“ Als Unternehmer wisse man nicht mehr, „worauf das hinauslaufen soll, worauf man reagieren und wie man sich aufstellen muss“.

Politik der Ampel: Für die Wirtschaft lähmend und existenzgefährdend

Der Fachkräftemangel in nahezu allen Branchen, der überbordende Bürokratieaufwand, andauernde Diskussionen um immer höhere Mindestlöhne belasteten den Mittelstand schon lange. „All das hat mit der Ampel gravierende Ausmaße angenommen. Wir müssen weit mehr als nur Nachhaltigkeit und Klimaneutralität in den Fokus nehmen. Das sind zweifellos wichtige Themen. Allerdings darf der Weg dorthin nicht existenzbedrohend für unsere kleinen und mittelständischen Firmen sein“, sagt sie. Jetzt käme noch das vom Kanzler verkündete Aus der Energiepreisbremse bereits zum Ende des Jahres hinzu. „Gerade unsere energieintensiven Handwerke werden darunter leiden, denn die Kosten werden wieder steigen“, beklagt sie.

Die Debatte um die Aussetzung der Schuldenbremse macht sie ebenfalls wütend. „Wir als Unternehmen müssen auch haushalten und folgen dabei dem Prinzip: Wir können nicht mehr ausgeben, als wir erwirtschaften. Ansonsten wären wir pleite.“



Dorin Müthel-Brenncke: „Die Situation ist für Unternehmer noch unsicherer geworden.“privat

Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann fordert anlässlich der Haushaltsberatungen der Koalition endlich Klarheit. Zur Berliner Zeitung sagt sie: „Jetzt muss die Ampel Farbe bekennen. Der Koalitionsgipfel ist dafür die richtige Gelegenheit. Denn der Mittelstand braucht Planungssicherheit.“ Die Betriebe könnten derzeit nicht kalkulieren, was sie für 2024 einpreisen müssen. „Jeder Kostenvoranschlag, jede Kalkulation, jede Finanzplanung steht auf wackligen Füßen.“

Ihre Forderungen an die Regierung: Die Betriebe benötigen dringend klare, verlässliche und wettbewerbsfähige Standortbedingungen. „Die Bürokratie muss gestutzt werden. Sie frisst nicht nur Zeit, sondern inzwischen auch drei Prozent der Umsätze. Die Mitarbeiter brauchen mehr Netto vom Brutto. Gehälter müssen mit der Inflation Schritt halten können. Derzeit wird der Lohnausgleich vom Staat wegbesteuert. Das geht mit einem Tarif auf Rädern und höheren Freibeträgen.“ Außerdem müsse das Energieangebot wieder erweitert werden – die Atomkraftwerke zurück ans Netz. „Und: Leistung muss sich endlich wieder lohnen. Die Bürgergeld-Erhöhung von zwölf Prozent ist eine Ohrfeige für jeden fleißigen Arbeitnehmer und muss zurückgenommen werden.“

[Wirtschaft](#)
gestern

-
-



Wird Deutschland zum Risiko für die Weltwirtschaft? Analysten warnen vor schwerer Krise

[Wirtschaft](#)
gestern

-
-

VdK-Präsidentin Bentele: Weitere Renten-Einsparungen unverantwortlich

Doch nicht nur in der Wirtschaft rumort es. Auch bei den Sozialverbänden werden Kahlschläge erwartet. Sei es bei der [Rente](#) oder Streichungen beim [Bürgergeld](#) – alles steht auf dem Prüfstand. Die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, [Verena Bentele](#), formuliert klare Erwartungen an die Ampel-Parteien. Zur Berliner Zeitung sagt sie: „Weitere Einsparungen bei der Rente wären unverantwortlich. Legt die Bundesregierung weiter Hand an die Rente, spart sie diese kaputt.“ Es gebe jetzt schon keinen Spielraum mehr. „Schon vor dem Bundesverfassungsgerichtsurteil hat die Ampel die Zuschüsse des Bundes bis 2027 um 600 Millionen Euro pro Jahr gekürzt. Auch vier zugesagte Sonderzahlungen an die Rentenversicherung in Höhe von insgesamt zwei Milliarden Euro für die Jahre 2022 bis 2025 hat sie nachträglich abgeschafft“, sagt Bentele. Diesen Griff in die Rentenkasse kritisiere der VdK scharf: Es dürfe nicht sein, dass nichtbeitragsgedeckte Leistungen wie die Mütterrente oder die Grundrente immer mehr aus Beitragsmitteln finanziert werden.

Laut Bentele sollte sich die Ampel stattdessen im Haushalt 2024 endgültig von den Plänen des Generationenkapitals verabschieden und den Weg frei machen für das Rentenpaket II. Ihre Vorschläge: „Wir brauchen kurzfristig ein stabiles Rentenniveau bei 48 Prozent über das Jahr 2025 hinaus; mittelfristig muss das Rentenniveau auf mindestens 53 Prozent rauf.“ Statt der angekündigten Rentenerhöhung von 3,5 Prozent hätten Rentnerinnen und Rentner dann einmalig, aber dauerhaft zehn

Prozent mehr Rente im Geldbeutel. „Das wäre angesichts der hohen Inflation ein richtiger Schritt. Die Ausgaben dafür müssen in den Haushaltsberatungen langfristig verankert werden“, so die VdK-Präsidentin.

Steuerzahler-Präsident: Es darf keine Dauer-Notlage geben

Die Schuldenbremse dürfe dabei „nicht zur Sozialstaatsbremse werden“. Statt immer nur über das Sparen nachzudenken, könne die Bundesregierung die Einnahmen erhöhen: Superreiche sollten sich über eine Vermögens- und Erbschaftssteuer mehr an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen, sagt sie.

„Jetzt muss sich die Ampel bewegen und nicht das Grundgesetz“, fordert Reiner Holznagel, Präsident vom Bund der Steuerzahler Deutschland (BdSt). Serhat Kocak/dpa

Auch der Bund der Steuerzahler blickt mit Sorge gerade auf die Haushaltskrise und darauf, was die Koalitionäre für den Haushalt 2024 planen. Der [Präsident Reiner Holznagel](#) sagt zur Berliner Zeitung: „Karlsruhe hat die Schuldenbremse gestärkt und klargestellt, dass die Politik zu einer soliden und ehrlichen Haushaltspolitik verpflichtet ist – ohne Tricks, ohne Schulden-Vehikel. Jetzt muss sich die Ampel bewegen und nicht das Grundgesetz. Deshalb erwarte ich Aussagen, wie im Bundeshaushalt priorisiert, gekürzt, gestreckt und umgeschichtet werden soll.“ Er fügte mahndend hinzu: „Der Staat hat sehr viele Einnahmen, um Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Wer jetzt über Jahre hinweg die Dauer-Notlage erklären will, um noch mehr Schulden aufzutürmen, umgeht abermals die Verfassung.“

Steuerzahlerbund: Regierung verprasst Milliarden für eigene Bürokratie

Der Verband erstellt jährlich ein Sparbuch, darin mahnt er Ausgaben des Bundes an, die man drastisch kürzen könnte. Allein die Bundesverwaltung habe unter der Ampel mit 300.000 Beschäftigten eine Rekordgröße erreicht, in den Ministerien würden inzwischen mehr als 30.000 Mitarbeiter arbeiten, beklagt der Verband. Seit 2020 seien die Personalkosten des Bundes um acht Milliarden Euro gestiegen und werden 2024 mehr als 43 Milliarden Euro betragen.

Und auch die Bundesverwaltung ersticke an der eigenen Bürokratie. Die Selbstverwaltung des Bundes erreiche laut Steuerzahlerbund 2024 die Rekordmarke von 24 Milliarden Euro – fast doppelt so viel wie 2015 und ein Zuwachs von sieben Milliarden gegenüber dem Jahr 2020. Das alles trage der Steuerzahler mit, so der Vorwurf. Und es ist auch ein Hinweis, wo die Regierung sparen sollte.

Berliner Zeitung